

# Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Schüler Verhandlungstag.

Jena, 20. September.

Den Platz des Genossen Eugen Ernst, der heute seinen 60. Geburtstag feiert, schmückt ein großer Blumenkranz, den ihm seine Berliner Freunde überreicht haben. Bald eröffnet die Sitzung um 8 Uhr mit der Mitteilung, daß die in Jena, Hamburg und Julius Koch Magdeburg zu Protokoll erklärten, sie seien getrennt durch die Abhaltung einer Versammlung bezw. durch die Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung abgehalten worden, sich an der Abstimmung über die Resolution zum G. u. M. beteiligen, sie hätten somit dafür gekümmert.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung Punkt 6

## Maifeier.

Hierzu liegen die Beiträge 58 bis 74 vor.\*)

Verichtertatter Ober:

Auf dem vorigen Parteitag haben wir uns bei diesem Punkt fast ausschließlich mit der Frage der Abführung des Tagelohnes beschäftigt. Erhebend waren die Debatten nicht. Die peinlichen Zwischenfälle bei der Abstimmung haben sogar recht niederdrückend gewirkt. Die Angelegenheit ist infolgedessen nicht endgültig erledigt worden. Wohl ist der Nürnberger Beschluß aufgehoben worden, aber der Antrag Robert Schmidt und Genossen, der die Abführung des Tagelohnes auf die in der Partei und den Gewerkschaften angelegten Genossen beschränken wollte, kam nicht mehr zur Abstimmung, obwohl nur unter dieser Voraussetzung der größte Teil der Anhänger des Antrags Schmidt vorher für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses gekümmert hatten. Parteiorganisation und Aufsicht haben sich im Laufe des Jahres wiederholt mit der Frage beschäftigt, wir haben uns dabei von der Absicht lassen, die Maifeier möglichst zu bereuen von dem depressierenden Streikereigen über die Lohnabführung. Das Resultat unserer Beratungen ist der Antrag 58,\*\*) auf dessen Vornamen auch die Genossenschaft in Form eines Streiks und der Streikverweigerung, die zur Abführung des Tagelohnes verpflichtet sind, möglichst eingeschränkt wird. Es ist in vorigen Jahre eingehend diskutiert worden, zu welchen Inzuchtigkeiten der Nürnberger Beschluß geführt hat, und tatsächlich hat unsere Partei bei den Organisationsleistungen ergeben, daß fast überall, wo versucht wurde, den Beschluß ernsthaft durchzuführen, die allergrößten Schwierigkeiten entstanden sind, die teilweise das ganze Parteileben erschüttert haben. (Hört! hört!) Die Organisationsleistungen der Genossen sind gar nicht in der Lage schrittweise, welche Arbeiter keinen Wohnort haben, denn der Beschluß bezieht sich ja auch auf die Arbeiter in Genossenschaften und in Privatbetrieben. Daran hat auch die vor zwei Jahren erfolgte Verschärfung des Nürnberger Beschlusses nichts geändert. Im Gegenteil, mit dieser Dr. Eisenbart sind die Zustände nur noch verschlimmert worden. (Sehr richtig!) Die Ausschlüsse haben sich geradezu gehäuft. Weidlich ist die Durchführung auch an den wirtschaftlichen Verhältnissen der in Frage kommenden Arbeiter gestört. Sehr große Schwierigkeiten macht uns auch die Bestimmung des Bundesbeitrags, wonach für geschlossene Betriebe oder für solche, die vom Arbeitgeber angeordnet werden, der Lohn bezahlt werden muß. Gatten wir etwas weiteres gegen das Personal unternommen, dann wären wir in tatsächliche Schwierigkeiten geraten.

Auch bei den Angelegten der Genossenschaften und Kranen-Taxen sind große Schwierigkeiten entstanden; es ist sogar vorgekommen, daß diese Widerspruch, wenn die Organisationen streng darauf hielten, daß dem Beschluß keine Geltung getragen wird, in Zukunft einfach von der Betriebskasse abgehen haben. Das ist höchst bedauerlich und auf's härteste zu verurteilen, aber mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. (Sehr richtig!) Wir haben uns deshalb auf die Angelegten der Partei und der Gewerkschaften zu beschränken. Partei und Gewerkschaften, das sind die Organisationen, die die Maifeier beschränken und durchführen, das sind die Kampforganisationen des Proletariats, von denen wir verlangen können, daß sie auch hier mit gutem Beispiel vorangehen. (Sehr richtig!) Für diese Angelegten ist die Abführung des Tagelohnes ein verhältnismäßig geringes Opfer, und man kann wohl erwarten, daß sie alle gern und freudig dies Opfer auf sich nehmen. (Sehr richtig!) Wenn bisher bedauerlicherweise einige Gewerkschaften der Durchführung des Beschlusses Schwierigkeiten bereitet haben, so konnten sie sich darauf berufen, daß der Beschluß einseitig von der Partei gefaßt, also für sie nicht bindend ist. Das ist in Zukunft nicht mehr möglich, denn unser Antrag hat auch die Zustimmung der Generalkommission gefunden, die erklärt hat, sie werde alles aufbieten, damit er glatt zur Durchführung gelangt. Wir zweifeln nicht daran, daß das der Fall sein wird. Wenn sich aber trotzdem Widerstände geltend machen sollten,

überige Anträge, die sich mit der Abführung des Tagelohnes beschäftigen, abzulehnen. (Beifall.)

Heber den Antrag der Nürnberger Arbeitergruppe kann ich nichts berichten, weil damals der 7. Mai auf einen gesetzlichen Feiertag fiel. Es wäre lediglich zu erörtern, ob am nächsten internationalen Kongresse in nächstem Jahre die deutsche Delegation zur Arbeitstube eine andere Stellung einnehmen soll als bisher. Darüber hat sich im vergangenen Jahre Wolfenbutter geäußert. Er hat erklärt, der Parteivorstand werde sich vor auf dem Standpunkt, daß

## die Arbeitstube im 1. Mai beibehalten

werden solle. Das ist auch heute noch die einmütige Auffassung des Parteivorstandes. Die Demonstration ist eine Aktion, die ihrem ganzen Wesen nach ein heiliges Fest sein muß, bei dem Massenbewegung und Entschlossenheit ausstrahlen. Sie gilt den Forderungen des proletarischen Kampfes. Neben der Forderung des wirksamen Schutzes der unselbstständigen Arbeiter gegen kapitalistische Ausbeutung und Verwundung gilt es einzutreten für die politische Gleichberechtigung, zu kämpfen gegen den futuristischen Militarismus und den mangelnden Krieg. (Beifall.) Die Gleichberechtigung des Arbeiters, der Einkommen der Sozialpolitik, die Verwertung des gleichen Wahlrechts in Preußen und der immer deutlicher auftretende Imperialismus geben der Demonstration des deutschen Proletariats neuen Inhalt und neue Kraft. (Sehr richtig!) Eine Abänderung der Maifeier gerade in dieser Situation wäre ein Zurückweichen, das von unseren Parteigenossen nicht vertretbar wäre. (Sehr richtig!) Den Zweck der Demonstration der Arbeiter aller Länder gegenübergestellt werden, das ist die Maidemonstration die beste Gelegenheit. Wenn der internationale Kongress im nächsten Jahre auftritt, sind 25 Jahre verfließen, seitdem die neue internationale Bewegung, die als mächtiger Bund des Sozialismus die Länder des Erdballs umspannt. Auf jeder internationalen Tagung vor 25 Jahren wurde die Maifeier gefeiert, die seitdem mächtig für die Begeisterung der Massen gefaßt hat. Ich glaube, niemand auf diesem Jubiläumstag wird Neigung haben, den Charakter der Maidemonstration abzuweichen. Ich bitte Sie daher dringend, alle Anträge, die dahingehen, abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

## Reis: Ob:

Der Magdeburger Antrag verlangt, daß am 1. Mai die Meisten keine Entschädigung, sondern nur die Erfüllung ihrer direkten Aufgaben erhalten. So hat sich im Antrag geäußert, daß doch ein solcher Wunsch besteht. Wir haben einen Wahlfreis, der daselbst schon beschlossen hat, der Folge war, daß die Gewerkschaftsangelegten, die wir als Meisten brauchen, einfach freilassen. (Zuruf: Schöne Sozialdemokratie! Feuchte!) Ich kann Ihnen den Wunsch erbringen, der Antrag des Vorstandes ist nicht nur ein Wunsch, aber ich kann ihn nicht aufbringen, weil er nichts Neues bringt. Es heißt nun wird erörtert, daß sie den Wunsch erfüllen. Das ist ein neues ausgesprochen worden, aber es ist nicht gegeben. Ich bitte, daß der neue Antrag wird nur zu Meisten führen. Die Erklärung von Ober könnte den Antrag ja schon abgelehnt werden, aber ich würde wünschen, daß auch die Generalkommission der Gewerkschaften eine Erklärung im gleichen Sinne für die Gewerkschaftsangelegten abgeben würde. Wir haben Tausende von Parteigenossen mit geringem Arbeitslohn, die im ganzen Jahre so viele Eier für die Partei bringen, daß das, was die Angelegten am 1. Mai abgeben sollen, dadurch hundertfach aufgehoben wird. Wollen Sie die Zustimmung zwischen Arbeitern und Gewerkschaftsangelegten begeben, wenn beschließen Sie einstimmig die Abführung des Tagelohnes der Angelegten von Partei, Gewerkschaften und Anwesenheiten am 1. Mai. Weichen Sie, daß Sie das sind, was Sie sein wollen, die Kulturpioniere der sozialistischen Bewegung. (Beifall.)

## Stiller-Bein:

Der Parteitag würde am besten sein, wenn er den Nürnberger Beschluß wieder herstellt. (Sehr richtig!) Als ich im vorigen Jahre von der Aufhebung dieses Beschlusses las, hatte ich das Gefühl, als wenn ich einen Stein ins Meer geworfen hätte. Dem Nürnberger Beschluß ist keine Abänderung einmütig im Gegenteil, er verleiht eine Ausnahme, denn die Angelegten befinden sich doch bei der Maifeier in einer bevorzugten Stellung, und es ist nur gerecht, wenn sie einen kleinen Beitrag abgeben können. Der sich wegen der Arbeitstube am 1. Mai abgeben sind. Wer sich weigert, dem Nürnberger Beschluß nachzukommen, zeigt, daß ihm alles abgeht, was man von einem Sozialdemokraten verlangen kann. (Sehr richtig!) Die Partei besitzt gar nichts, wenn solche Leute einfach gehen. (Lebhafter Beifall.)

der weder reich noch reich ist. Es ist ein unheilbarer Zustand, wenn sich jemand, der jahrelang in der Arbeiterbewegung angeht, nicht in seine Pflicht setzen hat, wie es in Hamburg schon vor dem Nürnberger Parteitag der Fall war, sich in Veranlassungen beschimpfen lassen muß. Durch den Nürnberger Beschluß und durch die Einführung der Maifeieranerkennung ist die Maifeier eigentlich nicht mehr das, was sie ursprünglich gemeint ist. Verzeihen Sie das harte Wort, aber wenn man diese Entschädigung nicht, dann kann es einem leid tun, auf die Dauer noch für die Arbeitstube am 1. Mai einzutreten. (Zustimmung und Widerspruch.) Man muß die Arbeitstube erweitern, um dadurch die Maifeier zum Feiertag des 1. Mai zu bringen. Somit hat die ganze Demonstration keinen Sinn. Das erfordert natürlich auch Opfer, wir müssen infolgedessen mit großen Ausparungen rechnen, und diese Opfer zu ersparen, sind wir gar nicht in der Lage. Da aber ist es doch ganz natürlich, daß diejenigen, die keinen Schaden haben, ihren Obolus zugunsten der Geschädigten opfern. Wir müssen einen positiven Beschluß fassen, denn wir können die Beiträge nicht entbehren. Wir müssen, daß die Durchführung der Arbeitstube am 1. Mai eigentlich nur in Deutschland konsequent erfolgt ist. Deshalb glaube ich auch, daß der Vorstand es sich noch einmal überlegen wird, ob auf dem internationalen Kongress in der Form der Maifeier nicht eine Änderung geschaffen werden kann. Ich bin auch überzeugt, daß alles, was uns bewegt am 1. Mai, auch ohne Arbeitstube öffentlich zum Ausdruck gebracht werden kann. (Sehr richtig!) Ich muß mich nicht verbeten werden, es ist angebracht, ein Antrag zum internationalen Kongress vorzubringen, aber ich möchte Sie bitten, daß wir mindestens diejenigen, die keinen Lohnausfall haben, verpflichten, den Tagelohn zu opfern für die Unterstüßung der Geschädigten. (Beifall.)

Es läuft ein Antrag von Julius Koch Magdeburg ein, in dem Antrag des Parteivorstandes (58) hinter „Parteigenossen“ einzufügen: „Sobald sie mehr als 2000 M. Jahresgehalt beziehen.“

Der Antrag ist ein Antrag auf Genuß der Debatte. Die prinzipielle Seite der Maifeier wird voraussichtlich nicht mehr beprochen werden, die Anträge beziehen sich alle auf die Abführung des Tagelohnes. Die Erörterung dieser Frage oberhalb des Parteitages nicht möglich, und der Maifeier wird damit nicht gebiert.

Reis: Magdeburg: Ich bitte den Schlußantrag abzulehnen, damit der Antrag des Parteivorstandes so abgeändert oder interpretiert werden kann, daß sich später keine Schwierigkeiten daraus ergeben.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

## Ober (Schlußwort):

Es ist demängelt worden, daß unser Antrag nicht in positive Form gefaßt ist. Ich habe aber bereits erklärt, daß der Parteivorstand der Auffassung ist, daß die Parteiorganisation nach der dieser Form des Antrages Mittel und Wege genug haben, um das Gesehrliche für die Durchführung des Antrages vorzunehmen zu können. Von einem Redner ist gesagt worden, daß er wohl glaube, daß nach der Deklaration, die wir dem Antrag gegeben haben, Parteigenossen sich nicht weigern würden, den Tagelohn zu zahlen. Er hat nur eine ähnliche Erklärung von der Genossenschaftskommission erteilt. Ich habe ja schon zu verstehen gegeben, daß die Erklärung der Generalkommission bereits vorhanden ist und kann jetzt ausdrücklich noch einmal sagen, daß das Generalkommission immer der Auffassung war, daß die Beschlüsse des Parteitages von den in den Gewerkschaften tätigen Parteigenossen unter allen Umständen zu beachten sind. Ich kann weiter erklären, daß die Generalkommission auch in bezug auf unseren Antrag derselben Ansicht ist, so daß also auch von dieser Seite alles gegeben wird, um den Antrag zur Durchführung zu bringen. (Beifall.) Wenn dann weiter geltend gemacht worden ist, daß wir mit unserem Antrag aus den bestehenden Schwierigkeiten nicht herauskommen werden, so haben die Redner ganz außer acht gelassen, daß der Streik der Beteiligten erheblich eingeschränkt wird, alle, die gegen diese Einschränkung gesprochen haben, sind auf meine Darlegungen eigentlich gar nicht eingegangen. Niemand ist eingegangen auf die Schwierigkeiten, die aus dem technischen Personal entstehen, sowie darauf, daß ein großer Teil der Arbeiter in der Privatindustrie nicht einverstanden sind mit der Durchführung der Maifeier, ebensowenig darauf, daß die Kontrollmöglichkeit für die Durchführung eines solchen Beschlusses fehlt. (Zuruf: Schlußantrag!) Die Genossen in Hamburg haben die Einrichtung schon sehr lange, und bei der an sich guten Organisation in Hamburg ist es begreiflich, wenn dort weniger Schwierigkeiten entstehen. Aber in fast allen übrigen Bezirken des Landes sind diese Schwierigkeiten in der Tat entstanden. — Die Maifeier werden bei Annahme unseres

# Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

## Schüler Verhandlungstag.

Jena, 20. September.

Den Platz des Genossen Eugen Ernst, der heute seinen 50. Geburtstag feiert, schmückt ein großer Blumenkranz, den ihm seine Berliner Freunde überreicht haben.

Der eröffnet die Sitzung um 8 Uhr mit der Mitteilung, daß Minnig-Hamburg und Julius Koch-Magdeburg zu Protokoll erklären, sie seien gestern durch die Abhaltung einer Versammlung bezw. durch die Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung abgehalten worden, sich an der Abstimmung über die Resolution zum 20. zu beteiligen, sie hätten jaht dafür gekümmert.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung Punkt 6

### Maifeier.

Hierzu liegen die Anträge 58 bis 74 vor.\*)

#### Verichterstattung Ober:

Auf dem vorigen Parteitag haben wir uns bei diesem Punkt fast ausschließlich mit der Frage der Abführung des Tagelohnes beschäftigt. Erhebend waren die Debatten nicht. Die petnlichen Zwischenfälle bei der Abstimmung haben sogar recht niederschlagend gewirkt. Die Angelegenheit ist infolgedessen nicht endgültig erledigt worden. Wohl ist der Münberger Beschluß aufgehoben worden, aber der Antrag Robert Schmidt und Genossen, der die Abführung des Tagelohnes auf die in der Partei und den Generalisimierten Angehörigen beschränken wollte, kam nicht mehr zur Abstimmung, obwohl nur unter dieser Voraussetzung der größte Teil der Anhänger des Antrags Schmidt vorher für die Aufhebung des Münberger Beschlusses gestimmt hatten. Parteivorstand und Ausschuß haben sich im Laufe des Jahres wiederholt mit der Frage beschäftigt, wie haben uns dabei von der Abführung des Tagelohnes über die Lohnabhängigen von den beschränkten Streikreifen über die Lohnabhängigen von den beschränkten Streikreifen in der Partei und den Generalisimierten Angehörigen in der Partei nicht und der den Kreis derjenigen, die zur Abführung des Tagelohnes verpflichtet sind, möglichst einschränken will. Es ist im vorigen Jahre eingehend dargelegt worden, zu welchen Inzuchtigkeiten der Münberger Beschluß geführt hat, und tatsächlich hat unsere Inzucht, wo versucht wurde, den Beschluß ernsthaft ergeben, daß fast überall, wo versucht wurde, den Beschluß ernsthaft durchzuführen, die allergrößten Schwierigkeiten entstanden sind, die teilweise das ganze Parteileben erschüttert haben. (Hört! hört!) Die Organisationen der großen Orte sind gar nicht in der Lage festzustellen, welche Arbeiter keinen Lohnanspruch haben, denn der Beschluß bezieht sich ja auch auf die Arbeiter in Genossenschaften und in Privatbetrieben. Daran hat auch die vor zwei Jahren erfolgte Verschärfung des Münberger Beschlusses nichts geändert. Im Gegenteil, mit dieser Dr. Eisenbart-Aur sind die Zustände nur noch verschlimmert worden. (Sehr richtig!) Die Ausschlußentwürfe haben sich geradezu gehäuft. Vieles ist die Durchführung auch an den wirtschaftlichen Verhältnissen der in Frage kommenden Arbeiter gebunden. Sehr große Schwierigkeiten macht uns auch die Bestimmung des Bundesdienstes, wonach für gewisse Feiertage oder für solche, die vom Arbeitgeber angeordnet werden, der Lohn bezahlt werden muß. Sätten wir etwas weiteres gegen das Personal unternommen, dann wären wir in tatsächlichen Differenzen geraten.

Auch bei den Angehörigen der Genossenschaften und Krankenkassen sind große Schwierigkeiten entstanden; es ist sogar vorgeschlagen, daß diese Körperschaften, wenn die Organisationen streng darauf hielten, daß dem Beschluß Rechnung getragen wird, in Zukunft einfach von der Arbeitsruhe abgehen können. Das ist höchst bedauerlich und aus schärfste zu verurteilen, aber mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. (Sehr richtig!) Wir haben uns deshalb auf die Angehörigen der Partei und der Genossenschaften zu beschränken. Partei und Genossenschaften, das sind die Organisationen, die die Maifeier beschließen und durchführen, das sind die Stammpersonalorganisationen des Proletariats, von deren Führern man verlangen kann, daß sie auch hier mit gutem Beispiel vorangehen. (Sehr richtig!) Für die Angehörigen ist die Abführung des Tagelohnes ein verhältnismäßig geringes Opfer, und man kann wohl erwarten, daß sie alle gern und freudig dies Opfer

übernehmen werden, die sich mit der Abführung des Tagelohnes beschäftigen, abzulehnen. (Beifall.)

Ueber den Umfang der vorläufigen Arbeitsruhe kann ich nicht berichten, weil damals der 7. Mai auf einen gesetzlichen Feiertag fiel. Es wäre sehr wichtig zu erörtern, ob auf dem nächsten internationalen Kongress die Abführung des Tagelohnes eine andere Stelle einnehmen soll als bisher. Darüber hat sich im vergangenen Jahre Wolfenbüttel geäußert. Er hat erklärt, der Parteivorstand stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß

#### die Arbeitsruhe am 1. Mai beibehalten

werden solle. Das ist auch heute noch die einmütige Auffassung des Parteivorstandes. Die Maidemonstration ist eine Aktion, die ihrem ganzen Wesen nach am besten geeignet sein muß, bei den Massen Bewegung und Entschlossenheit auszuüben. Sie gilt der Forderung des proletarischen Kampfes. Neben der Forderung der politischen Ausbeutung und Vertreibung gilt es einzuwirken für die politische Gleichberechtigung, zu präparieren gegen den futuristischen Militarismus und den mangelnden Krieg. (Beifall.) Die Befreiung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, der Stillstand der Sozialpolitik, die Verengung des gleichen Wahlrechts in Preußen und der immer deutlicher auftretende Imperialismus geben der Maidemonstration ein heftiges Proletariat neuen Inhalt und neue Kraft. (Sehr richtig!) Eine Abstimmung der Maifeier gerade in dieser Situation wäre ein Zurückweichen, das von unseren Parteigenossen nicht vertretbar wäre. (Sehr richtig!) Den Treibern der Sozialdemokratie und Mühsamkeiten muß mit steigender Macht die Solidarität der Arbeiter aller Länder gegenübergestellt werden, dazu gibt die Maidemonstration die beste Gelegenheit. Wenn der internationale Kongress im nächsten Jahre zusammentritt, sind 25 Jahre verflossen, seitdem die neue Internationale entstand, die als mächtiger Bund des Sozialismus die Länder des Erdballs umspannt. Auf jener imposanten Tagung vor 25 Jahren wurde die Maifeier beschlossen, die seitdem mächtig für die Begeisterung der Massen gewirkt hat. Ich glaube, niemand auf diesem Jubiläumskongress wird Meinung haben, daß der Charakter der Maidemonstration zurückweichen. Ich bitte Sie daher dringend, alle Anträge, die dahingehen, abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

#### Preisvota:

Der Magdeburger Antrag verlangt, daß am 1. Mai die Referenten keine Entschädigung, sondern nur die Erstattung ihrer direkten Unkosten erhalten. So sehr ich diesen Antrag begrüße, so zweifle ich doch an seiner Durchführbarkeit. Wir haben einen Wahlkreis, der daselbst schon geschlossen heute, aber die Folge war, daß die Gewerkschaftsangehörigen, die wir als Referenten brandeten, einfach streikten. (Zurufe: „Schöne Sozialdemokratie!“) Prüfte! Ich kann Ihnen den Beweis erbringen. Der Antrag des Vorstandes ist mir zwar sympathisch, aber ich kann ihn nicht annehmen, weil er nichts Neues bringt. Es heißt nur, es wird erwirkt, daß für den Bundesdienst, abzuführen. (Zurufe: „Sehr richtig!“) Ich bitte Sie, aber es ist nicht gelassen. Ich frage auch der neue Antrag wird nur zu Reibereien führen. Die Erklärung von Ober könnte den Antrag ja schmalkoffer machen, aber ich würde wünschen, daß auch die Generalkommission der Gewerkschaften eine Erklärung im gleichen Sinne für die Gewerkschaftsangehörigen abgeben würde. Wir haben Tausende von Parteigenossen mit geringem Arbeitslohn, die im ganzen Jahre so viele für die Partei bringen, daß das, was die Angehörigen am 1. Mai abgeben sollen, dadurch hundertfach aufgehoben wird. Wollen Sie die Abstimmung zwischen Arbeitern und Gewerkschaftsbeamten bestehen, dann beschließen Sie einstimmig die Abführung des Tagelohnes der Angehörigen von Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften am 1. Mai. Beweisen Sie, daß Sie das sind, was Sie sein wollen, die Autorkonferenz der sozialistischen Bewegung. (Beifall.)

#### Stilles Gedenken:

Der Parteitag würde anhalten um, wenn er den Münberger Beschluß wieder herstellt. (Sehr richtig!) Als ich im vorigen Jahre von der Aufhebung dieses Beschlusses las, hatte ich das Gefühl, als wenn ich einen Knüttel ins Gesicht bekäme. Der Münberger Beschluß ist ein

der weder Fisch noch Fleisch ist. Es ist ein unfaßbarer Zustand, wenn sich jemand, der jahrelang in der Arbeiterbewegung angehängt ist und seine Pflicht getan hat, wie es in Hamburg schon vor dem Münberger Parteitag der Fall war, sich in Versammlungen beschimpfen lassen muß. Durch den Münberger Beschluß und durch die Einführung der Maifeierunterstützung ist die Maifeier eigentlich nicht mehr das, was sie ursprünglich gewesen ist. Vergessen Sie das harte Wort, aber wenn man diese Entscheidung sieht, dann kann es einem leicht tun, auf die Dauer noch für die Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. (Zustimmung und Widerspruch.) Man muß die Arbeitsruhe erweitern, um dadurch die Arbeitgeber zur Freigabe des 1. Mai zu zwingen. Somit hat die ganze Demonstration keinen Sinn. Das erfordert natürlich auch Opfer, wir müssen infolgedessen mit großen Ausparungen rechnen, und diese Opfer zu entschädigen, sind wir gar nicht in der Lage. Da aber ist es doch ganz natürlich, daß diejenigen, die keinen Schaden haben, ihren Dolus zugunsten der Geschädigten opfern. Wir müssen einen politischen Beschluß fassen, denn wir können die Parteitage nicht entbehren. Wir wissen, daß die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai eigentlich nur in Deutschland konsequent erfolgt ist. Deshalb glaube ich auch, daß der Vorstand es sich noch einmal überlegen wird, ob auf dem internationalen Kongress in der Form der Maifeier nicht eine Aenderung geschaffen werden kann. Ich bin auch überzeugt, daß alles, was uns bewegt am 1. Mai, auch ohne Arbeitsruhe öffentlich zum Ausdruck gebracht werden kann. (Sehr richtig!) Ich will mich nicht verbieten darüber, zu sagen, angeordnet ist, einen Antrag im internationalen Kongress vorzubereiten, aber ich möchte Sie bitten, daß wir mindestens diejenigen, die keinen Lohnanspruch haben, verpflichten, den Tagelohn zu opfern für die Unterjüngung der Geschädigten. (Beifall.)

Es läuft ein Antrag Deims-Magdeburg ein, in dem Antrag des Parteivorstandes (S) hinter „Parteigenossen“ einzufügen: „Johald sie mehr als 2000 M. Jahresgehalt beziehen.“ Der Antrag von internationalen Kongress erfolgt ist. Die Maifeier wird voraussichtlich nicht mehr beipatroniert werden, die Anträge beziehen sich alle auf die Abführung des Tagelohnes. Die Erörterung dieser Frage aber ist des Parteitages nicht würdig, und der Maifeier wird damit nicht gebiert.

Deims-Magdeburg: Ich bitte, den Schlußantrag abzulehnen, damit der Antrag des Parteivorstandes so abgeändert oder interpretiert werden kann, daß sich später keine Schwierigkeiten daraus ergeben.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

#### Gebert (Schlußwort):

Es ist bemängelt worden, daß unter Antrag nicht in positiver Form gefaßt ist. Ich habe aber bereits erklärt, daß der Parteivorstand der Auffassung ist, daß die Parteioorganisationen auch bei dieser Form des Antrages Mittel und Wege genug haben, um das Gebot für die Durchführung des Antrages verantworten zu können. Von einem Redner ist gesagt worden, daß er wohl glaube, daß nach der Deklaration, die von dem Antrag gegeben haben, Parteingenossen sich nicht würden, den Tagesdienst zu haben. Er hat nur eine ähnliche Erklärung von der Generalkommission vernimmt. Ich habe ja schon zu verstanden gegeben, daß die Erklärung der Generalkommission bereits vorhanden ist und kann jetzt ausdrücklich noch einmal sagen, daß die Generalkommission immer der Auffassung war, daß die Beschlüsse des Parteitages von den in den Genossenschaften tätigen Parteigenossen unter allen Umständen zu beherzigen sind. Ich kann weiter erklären, daß die Generalkommission auch in bezug auf unseren Antrag derselben Ansicht ist, so daß also auch von dieser Seite alles gegeben wird, um den Antrag zur Durchführung zu bringen. (Beifall.) Wenn dann weiter geltend gemacht worden ist, daß wir mit unserem Antrag aus den bestehenden Schwierigkeiten nicht herauskommen werden, so haben die Redner ganz außer acht gelassen, daß der Kreis der Beteiligten erheblich eingeschränkt wird. Alle, die gegen diese Einschränkung gesprochen haben, sind auf meine Darlegungen eigentlich gar nicht eingegangen. Niemand ist eingegangen auf die Schwierigkeiten, die beim technischen Personal entstehen, sowie darauf, daß ein großer Teil der Arbeiter in der Privatindustrie







ist die sachliche Unterlage für das Vorgehen von Tellov-Becklow gegeben. Es wurde gelang, wir müßten ein Wiederantragsverfahren vorsehen. Wir haben aber den Fall zu erledigen nach dem Geist, der in der Internationale herrschen soll und der besteht, daß ein Element, das in einer Gruppe ausgeschlossen ist, wieder aufgenommen wird in einer anderen Partei. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der Bescheidungskommission zu folgen. Sie können das tun mit dem guten Gewissen, der Partei den größten Dienst zu leisten. (Beifall.)

#### Dr. Niehoff-Berlin:

Ich muß mein lebhaftes Bedauern darüber ausdrücken, daß Müller in demselben Augenblick, in dem er erklärte, materiell auf den Fall Rabel nicht eingehen zu wollen, dies auf einem Umwege doch getan hat. (Sehr wahr!) Gleichzeitige hat er leider nicht bloß den Charakter Rabels in einer solchen Weise charakterisiert, sondern auch über die Bremer Arbeiterorganisation ein Urteil gefällt, wie es schädlicher und bedauerlicher nicht gedacht werden kann, besonders aus dem Munde eines Vorstandemittelgliedes. (Wohlfühlte Zustimmung.) Ebenso muß ich lebhaft bedauern, daß Müller die ruhige, sachliche Erörterung dieser Rechtsfrage (Zuruf: Es ist keine Rechtsfrage, sondern eine Organisationsfrage!) dadurch erschwert hat, daß er sagte, um einen Arbeiter würde nicht soviel Wesens gemacht werden, wie um diesen Arbeiter. (Sehr wahr!) Wir würden gewiß niemand unterstellen wollen, daß ich um einen Arbeiter mich weniger kümmern würde. Ich habe in Übereinkunft mit Rabel schon angeregt, um so mehr aber muß ich fordern, daß aus einer persönlichen Vermutung heraus nicht die Prüfung der Rechtsfrage im Falle Rabel erfolgt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß nach dem Antrag des Parteivorstandes mit der Erledigung der Rechtsfrage auch der Fall Rabel selbst erledigt wird und das Wort der Bescheidungskommission nicht geradenohin, noch besonders zu beschließen, daß wir durch Annahme des Parteivorstandes-antrages dem Beschluß rückwirkende Kraft auf den Fall Rabel geben. Wir fällen damit also ein Urteil über Rabel ohne materielle Prüfung der Tatsachen. Wenn wir zu einem gerechten Urteil kommen wollen, so müssen wir die Entscheidung vollständig trennen von der Person Rabels, die wohl hier im ganzen Maße sympathisch geriebt. Wir müssen eine Regelung schaffen über einen bisher nicht geregelten Punkt. Die bestehenden der Internationale angehörenden Parteien bilden keine Zentralisation, sondern eine Föderation an und für sich autonomer selbständiger Organisationen. Aus dem organisatorischen Verhältnis der Internationale müssen wir den Schluß ziehen, daß der Ausschluß aus einer Partei für die anderen Parteien formalisierende Kraft hat. Selbstverständlich ist diese Maßnahme sehr unbefriedigend, und man muß einen Ausweg finden, aber der Ausweg, den der Parteivorstand sucht, ist nicht der geeignete. Diese Frage muß dem Internationalen Bureau überlassen werden, wie es mein Antrag will. Der Parteivorstand sagt: Wir würden uns mit einem solchen Antrag hineinmischen in interne Angelegenheiten einer anderen Partei, aber auch nach dem Parteivorstandsantrag ist eine solche Einmischung gleichbedeutend unannehmlich. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Dr. Niehoff bezieht sich darauf, daß er als Begründer seines Antrags eine längere Redezeit zu beanspruchen habe. Der Parteivorstand entscheidet, daß alle Anträge an die Bescheidungskommission übergeben werden sollen. — Die Redezeit ist abgelaufen. Müller hat hier das Wesentlichste eines ewigen polnischen Juden an die Wand gemalt, der durch die ganze sozialistische Internationale hindurchschneit und überall die Aufnahme zu erzielen sucht. (Sehr wahr!) Er hat dabei vorausgesetzt, daß in Polen ein solches Durchschneitender der bestehenden Parteigruppen besteht. Um so notwendiger ist es doch, nachzuprüfen die Zuständigkeit des polnischen Parteigerichts, und dazu ist eine Einmischung in die Interna der ausländischen Partei unannehmlich. Eine internationale Regelung der ganzen Frage ist unmöglich, und ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen, die Frage dem Internationalen Bureau zu überweisen. Wir wollen kein Sondergesetz für Rabel, aber auch kein Sondergesetz gegen Rabel machen. (Beifall.)

Ein von Friedrich Gotthard begründeter, von Hoffmann-Berlin und Rabel in einem Charakteristikon beschimpfter Antrag auf Schluß der Debatte wird mit 175 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

#### Rabenstein-Charlottenburg:

Wir als Sozialdemokraten müssen immer daran denken, daß ein Zentner Gerechtigkeit zwei Mal besser ist, als ein Oramm unweiligkeit. (Sehr richtig!) Gerade in einer Sache, in der unsere Einmischung nahezu einmündig gegen die Person, um die es sich handelt, gerichtet ist. Wir dürfen um so weniger unser Urteil durch derartige Empfindungen beeinflussen lassen. (Sehr richtig!) Der Parteivorstand hat in dieser Frage einen Standpunkt eingenommen, der ganz unbillig ist. Er hat im Februar verlangt, der Bremer Verein solle Rabel freilassen nach Analogie der Vorschriften über Aufnahme oder Wiederaufnahme eines aus der deutschen Partei Ausgeschlossenen. Er hat also eine Bestimmung, die nicht im Statut steht, aus anderen Bestimmungen heraus folgen wollen. Das ist ein Grundgesetz, den selbst unser bürgerliches Strafrecht verwirrt. Wollen wir uns als Revolutionstrukturalisten konstituieren, das berechtigt wäre, über alle herkömmlichen Rechtsfragen zur Tagesordnung überzugehen? Das dürfen wir nicht tun. (Sehr richtig!) Ich bin selbstverständlich weit entfernt von der Theorie, die man in Bremen über das Recht der Aufnahme aufgestellt hat. Nachdem aber die Aufnahme erfolgt ist, kann der Ausschluß nur durch ein ordnungsgemäßes Ausschlußverfahren erfolgen. Müller hat hier auch einen Gegensatz zwischen der Behandlung der Arbeiter und der Arbeiter zu schaffen versucht. Diese Behauptung ist nicht wahr.

#### Estar Gohn-Berlin:

Heute hat uns nicht die sachliche Unterlage, sondern nur die formale. Jeder die sich nicht für diese Sache fassen zu lassen glaubt hat, will ich mich nicht bereiten, nachdem ihm Rabenstein unüberprüfbar vorgegeben, daß er sich eines demagogischen Kniffes bedient hat. (Großes Lachen.)

Vorsitzender Ebert: Ich habe dem gehört, sonst hätte ich das gerügt.

Estar Gohn: Es widerspricht mein Gerechtigkeits- und Anstandsgefühl, auf einen, der am 1. März, heranzuschlagen. Der Antrag Niehoff ist missverständlich. Wir gehen das aus, daß das Gerichtsverfahren in der politischen Partei unseren Bedürfnissen nicht entspricht. Wir wollen die deutsche Partei nicht irgend jemand aus der politischen Partei ausschließen, sondern wir wollen, daß Recht Recht bleibt, auch gegen politischen Genossen und solchen, die von ausländischen Parteien ausgeschlossen wurden. Wenn da eine Klippe in unserem Weg ist, muß sie ausgefüllt werden. Das kann nur durch die Internationale und dann durch den Internationalen Ausschuss geschehen.

Der Vorstand hat hier etwas zu sagen, daß sein Beschluß rückwirkende Kraft hat, das hat er in der Berichtserichter der Bescheidungskommission ausgesprochen. Wenn nun eine Straftat begangen ist, bei der sich über die Begabung und die Aburteilung das Gesetz, aber nicht die mildere Gesetz anzuwenden, siehe Ebert! Hier wollen wir im Fall Rabel das härtere Gesetz anwenden, und das Strafgesetz zu diesem Zweck erst schaffen. Es handelt sich um die Frage der Gerechtigkeit und des Parteianstandes, die nicht lediglich vom Standpunkt der Organisation aus betrachtet. Wenn im Offiziellen ein Staatsanwalt für den Straftäter eintritt, da reden Sie von Ausnahmefällen, da nun wollen Sie selber ein solches Ausnahmefälle schaffen. (Lachen.) Der Vorstand hätte gern die Sache an die Internationale abzugeben, er hat sich aber in den Akten festgelegt und will nicht zurück. (Anfrage und Zurufe: Anwohler!) In München hat Rabel beim Fall Heppelot Anwohler. Ich würde auch heute haben, von einer ausländischen Organisation ohne Beweismittel zu verlangen gestellt würde, wir sollten einen Genossen abhaken. Wir müssen die Dinge doch nachprüfen können. Ich mache noch auf einen besonderen Fallstrich in dem Vorstandsantrag aufmerksam: Wer ausgeschlossen ist von einer anderen Partei, erwidert nicht, daß eine anerkannte Organisation unserer Partei mitnehmen kann, und daß dann der Parteitag bestimmen kann, wann darf bei Euch keine Rede erwecken. 50 Jahre ist es so gegangen wie bisher, da können wir auch noch ein wenig tun, bis sich die Internationale geändert hat. Füllen Sie nicht, das der Gerechtigkeit und der Würde unserer Partei. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Vorsitzender Ebert schlägt vor, in der Weise abzustimmen, daß zuerst der Beschluß der Kommission zur Abstimmung gestellt wird, und daß dann darüber entschieden werden soll, ob der Beschluß rückwirkende Kraft haben soll.

Genossenschaftsmitglied: Es hat im Art. 10 des Berichtserichters vor. Die Bescheidungskommission hat nicht beschlossen, daß dem Antrage rückwirkende Kraft zu geben soll. (Hört! hört! und Widerspruch.)

Meyer-Seibelberg: An der Bescheidungskommission ist erklärt worden, daß der Fall Rabel für schuldig mit dem vorhin gefassten Beschluß ist erledigt ist.

Scholz-Mecklenburg: Als Mitglied der Bescheidungskommission kann ich im Namen verschiedener anderer Arbeiter nur bestätigen, daß der Antrag der Bescheidungskommission ein ging, diesen Antrag des Parteivorstandes mit dem Anerkenntnis der Annahme zu bringen, und daß dann beschlossen worden ist, diesen Antrag auf die Angelegenheit Rabel anzuwenden mit rückwirkender Kraft. (Beifall und Zurufe: Ja.)

Der Antrag: Personen, die aus einer der internationalen sozialistischen Bureau ausgeschlossenen Bruderparteien erfolgter Handlungen ausgeschlossen worden sind, können der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschluß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben.

Wird mit übertrager Mehrheit, wie hier festgestellt, angenommen.

Der Parteitag beschließt, ebenfalls mit übertrager Mehrheit, daß der oben gefasste Beschluß rückwirkende Kraft haben soll. Damit sind alle übrigen Anträge zur Sache erledigt. (Lebhafte Beifall.)

Antrag 115 wird mit 168 gegen 158 Stimmen angenommen.

Zu einer Erklärung erhält die Wort

Roste-Göteborg:

Ich habe in meiner Rede zum Berichtserichter ausgeführt, ohne natürlich zu zitieren, das Braunschweiger Parteitag habe geschrieben, durch unsere Tätigkeit konnte die Frage wie im allgemeinen werde für das Proletariat einwärts erreicht. Ich habe betont, durch solche Auslassungen werde die Partei die Arbeit erleichtert. Das Braunschweiger Parteitag hat recht, wenn es darauf hinweist, daß ich nicht wahrheitsgemäß geäußert habe. Es hat in seiner Nr. 213 vom 1. September geäußert: Alles, was das Proletariat innerhalb der bestehenden Parteien erreichen kann, ist doch schließlich nur ein Dred. (Großes Lachen.) Das Urteil, das ich in meiner Rede über die Wirkung der Arbeitserklärung gegeben habe, erachtet durch diesen Vorlaute eine Veränderung. (Sehr richtig!)

Es folgt die Beratung von Anträgen, zunächst der Anträge 90 und 97) betreffend das Verbot

wurde aber die Quelle vorläufiger Unzufriedenheit, die nicht nur mit dem mehr oder weniger verteiligen Charakter der leitenden Personen der R. P. S. zusammenhängen, sondern meiner festen Überzeugung nach in dem Wesen der Sonderorganisation begründet waren. Trotz reichlicher Unterstützung der Gesamtpartei machte die R. P. S. keine Fortschritte. Ich getraue mir in der immer mehr politisch-nationalistische Betretung. Auch die Erwartung, daß die Einigung von 1906 länger vorhalten wird als die früheren Einigungsberichte, hat sich als irrig erwiesen. Trotz der reichlichen Mittel, die für die „Gazetta Robotnik“, die in ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt umgewandelt wurde, und für die polnische Agitation im allgemeinen dauernd gewährt wurden, trotz der Anstellung eines polnischen Sekretärs, der lebhaftlich der R. P. S. zur Verfügung stand, war eine fruchtbarere Arbeit nicht möglich. Es wurde festgestellt, daß jeder Abonnent der „Gazetta Robotnik“ um jährlich 10 R. kostet. Wir haben deshalb der R. P. S. empfohlen, ihr Blatt wieder in ein Wochenblatt umzuwandeln, um die Zuschüsse auf ein erträglicheres Maß herabzubringen.

Auf ihrem Parteitag haben die polnischen Genossen beschlossen, die Mithetrol ihrer Agitation resultiere daraus, das sie von der deutschen Partei Subvention erhielten. Als wir dann sagten, dem könne leicht abgeholfen werden, behaupteten sie, das sei nicht gesagt worden, die Schuld liege an dem unfähigen Leiter. Außerdem beschloßen die polnischen Genossen, ihr Blatt täglich erscheinen zu lassen. Darauf haben wir die Zustimmung täglich erscheinen zu lassen und dem Geschäft ausgetreten. Den Agitationszweck gewöhnen wir weiter unter der Bedingung, daß er nicht für das neue Blatt Verwendung finde. Von diesem Augenblick an wurden in dem Blatt die scharfen Töne gegen die Gesamtpartei angeklungen. So wurde dem Parteivorstand und der Bescheidungskommission der wissenschaftliche Vorwurf gemacht, sie neutralisieren die Wirkung der Reichstags- und Landtagsstrafaktion. Und was das schlimmste ist, die polnischen Arbeiter, die unserer Organisation beitreten, wurden als Abtrünnige, als Verräter an ihrem Volk hingestellt. Trotzdem haben wir noch einen letzten Versuch zur Einigung gemacht, unsere Grundzüge skizzierte, die auch von den Genossen der R. P. S. abgelehnt wurden. Die Grundzüge wurden unseren Funktionären durch Briefe mitgeteilt und ihnen zur Pflicht gemacht, sie frische zu handeln. Die R. P. S. hat das nicht getan, aber ihre Vertreter haben erklärt, sie hätten in ihren Versammlungen die größte Wichtigkeit angeordnet. Sehr weit scheinen sie damit nicht gegangen zu sein, denn nach kurzer Zeit ging der Kampf von neuem los.

Die Kämpfe haben für unsere tüchtigsten Gegner tatsächlich ein Gaudium. Um ein solches Resultat zu zeitigen, haben wir in den letzten Jahren über 60.000 R. bezahlt, lediglich um eine selbständige polnische Partei innerhalb Deutschlands Grenzen zu erhalten, eine Partei, die es bisher trotz aller dieser Mittel nicht einmal auf 2000 Mitglieder in ganz Deutschland gebracht hat und die lediglich ein Gemisch aus den Arbeiterbewegungen in den gemäßigten Gegenden gewesen ist. (Sehr richtig!) Sollen wir noch länger unsere reichlichen Mittel geben, nur damit die beiden Parteien sich gegenseitig besäufeln? (Hört! hört!) Die Ursachen der Unzufriedenheit liegen nicht in den persönlichen Eigenschaften der einzelnen Führer, sondern in der Doppelorganisation, die wir da geschaffen haben. (Sehr richtig!) Eine solche Doppelorganisation muß Differenzen zeitigen. Deshalb sehen wir einen Ausweg aus dieser Situation nur in der Schaffung der Einheitsorganisation. Ich gebe mich nicht der Illusion hin, daß wir dadurch mit einem Schlage die Kämpfe beseitigen, nein, diese Kämpfe werden noch einige Zeit weitergehen, aber wir haben dann wenigstens für die Zukunft die Aussicht auf gereinigte Verhältnisse. Denn wir uns, den politisch sprechenden Arbeitern Agitationschriften in ihrer Muttersprache zugänglich zu machen, reden wir in den Versammlungen in ihrer Muttersprache zu ihnen, dann wird und muß es uns gelingen, das Mißtrauen zu beseitigen und sie zu veranlassen, sich um die Sache der deutschen Sozialdemokratie zu kümmern. Auch die Genossen der R. P. S. werden dann einsehen, daß es ein Verbrechen an der Arbeiterkraft wäre, wollen sie in fröhlicher Verbundenheit die Geschichte der erbitterten Arbeiterkämpfe weiter verfolgen durch Aufrechterhaltung der Zersplitterung. Unsere Vertreter in den Parlamenten werden wie bisher die parlamentarische Gemischtheit der polnischen Arbeiterbewegung sein und mit allem möglichen Bekämpfen. Daran wird auch das polnische Proletariat sehen, daß seine Interessen bei der einheitlichen deutschen Partei am besten aufgehoben sind. Stimmen Sie unserem Antrag zu, Sie werden dadurch die Bahn freimachen für die Befreiung auch der polnischen Arbeiter aus wirtschaftlicher Not und politischer Schwermut. (Lebhafte Beifall.)

Die Verhandlungen werden unterbrochen durch die Mitteilung des Resultats der

#### Wahl der Parteileitung.

Abgegeben sind 473 Stimmgabel. Die absolute Mehrheit beträgt also 237. Zu Vorstößen sind gewählt Oase mit 467 und Ebert mit 433 Stimmen. Zum Kassierer Braun mit 458 Stimmen. Als Sekretäre haben erhalten Rabels-Altona 269, Gerlich 466, Rihmann-Frankfurt a. M. 211, Wolfenb. 440, Hermann Müller 442, Hannwald 408, Scheidemann 445, Dietrich Stadthagen, Eitelum, Sturm und andere. (Ertelst.) Es sind also zu Sekretären gewählt Rabels, Gerlich, Wolfenb., Hermann Müller, Hannwald, Scheidemann und Lutz Niehoff. Als Kassierer erhalten Rabels 232, Gerlich 245, Wengels 430 Stimmen. Wels und Wengels sind somit gewählt.

Bei der Wahl der Kontrollkommission haben erhalten Rabel 373, Ruch 193, Bräune 436, Ernst 427, Gerlich



Diamant im Parlament haben. Also nicht nur die Polen, sondern auch wir haben Fehler gemacht, und ich bitte Sie, dem Bismarck zu folgen: Du sollst Deinen Bruder nicht siebenmal, sondern siebenmal die Feder nehmen! Es liegt im Interesse der Internationale so wie im Interesse des deutschen Proletariats, daß wir dies nicht in die Wüste schießen.

#### Höring-Beuthen:

Das Material des Parteivorstandes und die Ausführungen von Braun zeigen nur zu deutlich, daß das Verhältnis mit der P. R. E. nicht länger aufrecht zu erhalten ist. Die Tatsache, daß nicht als 50 Proz. der Mitglieder in den sogenannten deutschen Organisationen Polen sind, beweist zur Evidenz, daß die politischen Arbeiter die Sonderorganisation ablehnen. Der polnische Arbeiter, der den Klassenkampf erkannt hat, weiß, daß wir gemeinsam mit unseren deutschen Brüdern kämpfen müssen, aber vor den Klassenkampf noch nicht erkannt hat, der kommt wieder zu den freien Gewerkschaften noch zu uns. Die P. R. E. zählt heute in ganz Deutschland nicht mehr als 12000 Mitglieder. Wir beurteilen den Sozialismus und das Zentrumparlament der Nationalpolen, aber dürfen uns der Tatsache nicht verschließen, daß wir mit praktisch getrennten Organisationen unsere Aufgabe in gemäßigten Gegenden nicht so erfüllen können wie es möglich ist. Wir wollen die einheitliche Organisation, wir wollen nicht gemischten. Wir bitten Sie, den Antrag des P.-V. möglichst einstimmig anzunehmen. Damit erklären wir, daß wir das Treiben der Bewegung und ihrer baltischen Helferstellen beurteilen und beschließen, daß wir aber auch das Verhalten der Führer der P. R. E. beurteilen, aus deren Verhalten nur die Nationalpolen und Sozialisten Vorteil ziehen. Das wird auch die große Masse des polnischen Proletariats zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die dem polnischen Proletariat helfen will, aus der Selbstbestimmtheit und aus der politischen Rechenschaft herauszukommen. (Beifall.)

#### Lechauer:

Wenn man den Polen eine eigene Organisation unmöglich machen will, so wird das bei den polnischen Proletariaten gerade den Eindruck erwecken, daß man ihnen nicht das gleiche Recht zu geben will wie den deutschen Genossen innerhalb der Sozialdemokratie. Kamenstein hat durchaus anerkannt, daß die Polen schwerer Fehler gemacht haben. Die Leute haben unverantwortliches Zeug geschworen. Das ist die Folge dieser unglücklichen Verhältnisse bei dieser unglücklichen Bewässerung, die international unter dem Druck der Massen selbst und auf die wir wegen der fremden Sprache direkt keinen Einfluß ausüben können. Die Polen kann man nicht mit den Dänen, den französisch sprechenden Esthonen, Korbängern und den Litauern vergleichen, das sind kleine Völkchen, während wir 4 1/2 Millionen Polen haben. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir den Antrag annehmen würden. Die Folge wäre nicht der Eintritt der Polen in die deutsche Sozialdemokratie, sondern ein erbitterter Kampf. Es ist möglich, daß wir die Leute auszusöhnen und nicht, sie in die Wüste zu stoßen. (Beifall.)

Ein **Schlusssatz**, den Eduard Schmid-Würden empfiehlt, wird angenommen. Der Antrag des Parteivorstandes wird gegen wenige Stimmen ebenfalls angenommen.

#### Es folgen die Anträge über

#### Organisationsfragen,

nämlich 38, 40, 41, 42, 43, 44, 46, 78, 85, 93 und 99.\*

#### Müller (vom Parteivorstand):

Ich möchte Sie ersuchen, die Anträge 38, 40 bis 44, 79, 85, 93 und 99 dem Parteivorstand zu überreichen. Wir haben bereits im vorigen Jahre erklärt, daß über die Frage der Aenderung des Delegationsverfahrens zum Parteitag in diesem Jahre Verhandlungen stattfinden sollen. Diese Verhandlungen sind nun alles dies mit verbunden werden, was eventuell bezüglich der Aenderungen zum Organisationsstatut vorzubringen ist. Es geht nicht an, daß wir alle Jahre Aenderungen am Organisationsstatut vornehmen. Wenn sich die Aenderungen nicht eingetragen, die Dinge können nicht aus dem Handgelenk geändert werden, sie erfordern genügende Vorbereitungen.

Nun haben wir einen Antrag gestellt, der betrifft das Ausschlußverfahren. Wir haben es vielfach gehabt, daß in Organisationen, nachdem gegen einen Parteigenossen in einer Sitzung auf Ausschluß erkannt ist, der Verein beschloß sich, nicht mehr bei

\* 38. S. a. m. i. W.: Der Parteitag möge beschließen: Es ist unzulässig, daß in einer zusammenhängenden kleinen Stadt mit weniger als 600 Mitgliedern zwei Filialen bestehen. Wo in solchen Fällen zwei Filialen bestehen, sind diese zu verzeichnen. Ob eine Teilung einer Filiale erforderlich ist, entscheidet unter Hinzuziehung des Parteivorstandes die Filialversammlung.

40. Eberfeld-Barmen: Aenderungsantrag zum § 27, Absatz 2 des Statuts: An Stelle der Worte: „Unterliegt es der Angehörigkeit usw.“ zu setzen: „... Unterliegt es eine Partei, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so ernannt der Parteivorstand für diese Partei die Bestitzer.“

41. Köln a. Rh.: In den § 27 des Organisationsstatuts ist

dem Betreffenden **lassen**. Das Organisationsstatut hat darüber keine Bestimmung. Hier muß eine einheitliche Regelung herbeigeführt werden. Wenn eine zweite oder dritte Instanz das Ausschlußverfahren, muß dem Betreffenden Gelegenheit gegeben werden, die Beiträge nachzahlen in angemessenen Fristen. Den Artikel 2 bitte ich abzulehnen. Hierüber haben wir uns in Gen und Nürnberg unterhalten. Es besteht gar kein Grund, Aenderung an den Beschlüssen über die Kostentorgangenen vorzunehmen. (Beifall.)

#### Wilm-Geminnig:

Der Antrag 46 in der vorliegenden Form unannehmbar. Bei uns in Sachsen besteht Parteivorstand aus drei Personen. Wenn also zwei dieser drei sich darüber einigen, auf Antrag irgendeines kleinen Ausschusses einen Genossen vorläufig für ausgeschlossen zu erklären, nicht dieser Genosse vor der Entscheidung des Schiedsgerichts wieder anderen Instanzen also seine Mitgliederrechte verlieren können Sie sich den unglücklichen Fall vor, irgendein Mitglied, ein unserer Partei würde von zwei Genossen aus dem Parteivorstand entfernt, und diese beiden Genossen nähmen in die nächsten vorläufigen Ausschluß vor und beräuheten diesen Genossen der Möglichkeit, weiter sein außerordentliches Stimmrecht in der ganzen Partei über dieses Mandat auszuüben, dann würde ein großer Irrtum entstehen. Ich kann es nicht verstehen, wie der Parteivorstand überhaupt zu dem Antrage gekommen, daß vor dem Urteil des Schiedsgerichts ein Parteigenosse eine Rechte als Parteigenosse verlieren soll. Ich bitte Sie, den Antrag 46 abzulehnen. (Beifall.)

#### Müller (vom Parteivorstand):

Seilmann hat einverstanden, daß in Sachsen die Bezirksvorstände aus drei Personen bestehen und daß schon zwei dann einen Abgeordneten ausschließen. Die Sache liegt doch so, daß der Parteivorstand nicht vorhersehen, zu dem der Betreffende zugezogen würde, die Zeugen benannt werden, ordnungsgemäß verfahren ist. Es ist praktisch absolut unmöglich, daß ein Bezirksvorstand irgendein Parteigenosse oder Abgeordneten in der Weise vom Parteivorstand ausschließen könnte, so behandelt zu sein, Gerade die Erfahrungen aus Sachsen haben uns veranlaßt, den Antrag zu stellen. Eventuell könnte man ein Amendement machen, daß die zweite Instanz gesprochen haben sollte. Aber bitte das für überflüssig.

Darauf wird der Antrag 46 angenommen, die übrigen Anträge zu diesen Punkten dem Parteivorstand zur Ermüdung übergeben.

**Vorsitzender Herr:** Folgender Antrag eingegangen: Die Zahl der Mitglieder des Zentralbildungsausschusses wird von 7 auf 5.

#### und Schulz:

Der Antrag will eine grundlegende Aenderung unseres Organisationsapparates, der zur Erhöhung unseres Ausschusses um zwei Mitglieder unsere Aufgaben wachsen und die Leitung des Zentralbildungsausschusses kann auf den gänzlich stattfindenden Bezirkskongress der Bildungsarbeit kaum noch genügend vertreten sein. Ich bitte den Parteitag, unseren Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

**Vor. Herr:** Ich habe eine Mitteilung zu machen, die die dies Antrages mehrmals an mich und an das Bureau gerichtet worden, wie ich Antrag aufgesetzt werden soll. Zum Einvernehmen mit dem oben Liebling ist kann ich erklären: Es ist außer Zweifel, daß durch Annahme des Antrages 115 die Vertreter der deutschen und internationalen Sozialistischen Bureau dazu werden, daß die Frage, die für Zentralbildung durch Annahme des Antrages der Bescheidungskommission zunächst erledigt ist, eine internationale Regelung findet. (Beifall.)

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Es folgen weitere Anträge, der Antrag 36 wird ohne besondere Begründung und Diskussion angenommen.\*

Es folgen die Anträge über den nächsten Parteitag. Der Antrag 84 wird einstimmig abgelehnt.\*

**Seimann-Odenburg:** Ich möchte Sie ersuchen, die Anträge, die davon handeln, an welchen Ort der Parteitag im Jahre 1914 stattfinden soll, dem Parteivorstand und Parteitag zu überreichen. Bei der ständig wachsenden Zahl Delegierten kommt es darauf an, das richtige Parteitagort zu finden. Das können wir hier nicht entscheiden, das müssen der Parteivorstand und Parteitag beschließen.

**Grumbach-Colmar:** Ich möchte Sie ersuchen, den nächsten Parteitag frühzeitig einuberufen, die die Punkte, die auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses in Wien kommen, noch diskutiert werden können. Ich bitte meinen Antrag dem Parteivorstand und dem Parteitag zu überreichen.

Die Anträge von Seimann und Grumbach werden darauf

(Beifall.) Wir danken auch den Vertretern der Presse, die eine Woche anstrengender Arbeit hinter sich haben.

Wenn wir auf unsere Verhandlungen zurückblicken, so können wir mit vollem Recht sagen, der Parteitag hat fleißige und gute Arbeit geleistet. Der Parteitag hat die Tätigkeit der Parteileitung und Reichstagsfraktion geachtet und beiden Körperlichkeiten für ihre fleißige Tätigkeit verdienstliche Anregungen gegeben worden, die sicher weitestgehende Berücksichtigung finden und noch Möglichkeit in die Tat umgesetzt werden. Die überaus wichtige und sehr komplizierte Steuerfrage, die die Partei seit Jahren selbst beschäftigt hat, der Parteitag gründlich behandelt. Die fleißige und dankenswerte Vorarbeit unserer Referenten ermöglichte eine recht ergebnisreiche Behandlung dieses Themas. Die in der angenommenen Resolution festgelegten Richtlinien zeichnen scharf unsere Klassenkampfhaltung und bringen klar die Grundzüge unserer Steuerpolitik zum Ausdruck. (Sehr richtig.) Diese Entscheidung wird uns bei der Agitation bei unserer Tätigkeit im Reichstage, in den Landtagen und in den Gemeinden große Dienste leisten. (Sehr wahr.)

Mit der Behandlung der Arbeitslosenfürsorge hat der Parteitag Stellung genommen zu einer Frage, die zurecht die Lebensinteressen Hunderttausender von Arbeiterfamilien auf engste berührt. Die mit der planlosen kapitalistischen Produktionsweise untrennbar verbundene Arbeitslosigkeit hat bereits ein riesiges Elend in großem Umfange herbeigeführt. (Sehr wahr!) Die Wintermonate werden sicher noch eine enorme Steigerung des Elends bringen. (Sehr wahr.) Im ganzen Reich muß deshalb unersäglich eine gewaltige Massenbewegung eingeleitet werden zur Propagierung und Durchsetzung der in unserer Resolution festgelegten Forderungen. (Sehr richtige Zustimmung.) In den hinter uns liegenden Jahren glänzender wirtschaftlicher Prosperität, in denen der Kapitalismus ungeheure Reichtümer einheimste, waren die herrschenden Klassen zu wirksamen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit nicht zu bewegen. Jetzt gilt es, einen Massensturm zu entfachen, der mit unwiderstehlicher Wucht die Herrschenden zur Abhilfe zwingt. (Stürmischer Beifall.)

Erneut hat sich der Parteitag mit dem politischen Massenstreik beschäftigt. Wie auf den früheren Parteitagen, so sind auch hier über die Art des Kampfmittels und seine Propagierung die Meinungen auseinandergegangen. Volle Eingetragtheit herrscht aber über das Ziel, zu dessen Erreichung, wenn andere Mittel vertragen, eventuell der Massenstreik in Anwendung gebracht werden soll. (Sehr richtige Zustimmung.)

Die **Deutsches Hande in Preußen** muß beseitigt werden, koste es, was es wolle.

(Stürmischer Beifall.) Unser Beschluß ist klar und ungewidrig, nicht nur für die Partei, sondern auch für die, die sich in kurzfristiger Verleumdung der Beseitigung der Deutsches Hande widersetzen. Wenn es sein muß, werden wir zum äußersten Mittel greifen. (Sehr wahr, Beifall.) Es ist so, wie ein Redner sagte: entweder werden wir das freie Wahlrecht in Preußen haben oder wir haben den Massenstreik. (Stürmische Zustimmung.)

Für unsere Gegner war unsere Tagung eine recht bittere Enttäuschung. Sie sehen ihre einzige Hoffnung auf die Selbstverteidigung der Partei, und gerade an diesem Parteitag haben unsere Feinde in dieser Hinsicht besondere Erwartungen geknüpft. Mit Freuden können wir demgegenüber feststellen, daß bei aller scharfen Schärfe, mit der wir unseren Meinungsstreit geführt haben, unsere Verhandlungen getragen waren von gutem kameradschaftlichem Geist. Ich übertreibe sicher nicht, wenn ich sage, die innere Festigkeit der Partei, der entscheidende Wille zur Einheit und Geschlossenheit der Partei sind wohl selten auf einem Parteitag stärker zum Ausdruck gekommen als auf diesem. (Sehr richtige Zustimmung.)

Es ist auf diesem Parteitag von neuem der Erkenntnis gefestigt worden: Die Zusammenfassung aller Kräfte in der Partei zu einheitlicher Arbeit ist die Wurzel unserer Kraft und unserer Größe. (Sehr richtige Zustimmung.) Und wenn wir uns nun anschauen, auf welche heimtücklichen Posten zurückzulehren, so tun wir es mit dem aufrichtigsten Willen, in aller Treue unser Bestes, unser Alles einzusetzen für die Partei, für die Befreiung des Proletariats aus wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung. In all unserem Tun und Handeln, in all unsern Kämpfen wollen wir uns leiten lassen von dem glänzenden Beispiel, das uns unser großer unvergänglicher Meister August Bebel gegeben hat. (Stürmischer Beifall.) So tremen wir uns frohen Mutes mit unserem alten Schicksal: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch! Die Delegierten haben sich erhoben, Himmel gehehrt in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarxellaise. (Schluß 1 1/2 Uhr.)

#### Die Abstimmung über die Steuerfrage.

Gegen den Antrag Wurm haben folgende 140 Delegierte gestimmt: Lore August-Düsseldorf, Albrecht-Dalle,

ung des Delegationsbüros zum Parteitag in diesem Jahre weiter  
handlungen stattfinden sollen. Wenn diese Beschlüsse  
alles dies mit verhandelt werden, was eventuell bezüglich der  
Veränderungen zum Organisationsstatut vorzubringen ist. Es geht  
nicht an, daß wir alle Jahre Veränderungen am Organisationsstatut  
vornehmen. Vielfach sind die Veränderungen vom ehemaligen Parteitag  
in die Mitgliedsbücher noch nicht eingetragen. Die Dinge  
können nicht aus dem Handgelenk geändert werden, sie erfordern  
genügende Vorbereitungen.

Nun haben wir einen Antrag gestellt, der betrifft das Aus-  
schlußverfahren. Wir haben es vielfach gehabt, daß in Organisa-  
tionen, nachdem gegen einen Parteigenossen in einer Sitzung auf  
Ausschluß erkannt ist, der Verein beschloffen hat, nicht mehr bei

\*) 38. Hamm i. W. Der Parteitag möge beschließen: Es  
ist unzulässig, daß in einer zusammenhängenden  
Heimaten Stadt mit weniger als 600 Mitgliedern zwei  
Filialen bestehen. Wo in solchen Fällen zwei Filialen be-  
stehen, sind diese zu verknüpfen. Ob eine Teilung einer Filiale  
erforderlich ist, entscheidet unter Hinzuziehung des Kreisvor-  
standes die Filialversammlung.

40. Eberfeld-Warmen: Vönderungsantrag zum  
§ 27, Absatz 2 des Statuts: An Stelle der Worte: „Unterläßt es  
der Angehörige sich“ zu setzen: „... Unterläßt es eine  
Partei, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden  
Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter  
zu ernennen, so erachtet der Parteivorstand für diese Partei die  
Beisitzer.“

41. Köln a. Rh.: In den § 27 des Organisationsstatuts ist  
hinter Absatz 4: „so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache  
vor ein Schiedsgericht zu bringen“, anzufügen: „In diesem Falle  
muß das Schiedsgericht gegen die Angehörigen verhandeln,  
wenn einer der Angehörigen Beisitzer ernannt.“

42. Breslau: Der Parteitag möge den Beschluß des  
Münchener Parteitages betreffend Sonderorgani-  
sation, Lokalverein aufheben.

43. Kiel-Oh: Der Parteitag möge beschließen: Die  
Wahlen zum deutschen Parteitag werden in Ar-  
woahlen, die in bestimmten Stunden an einem Sonntag statt-  
zufinden haben, vorgenommen.

44. Breslau-Land, Neumarkt: Der Parteitag  
vorstand übernimmt die Kosten des Wahlkreises, die  
für die Besichtigung des deutschen Parteitages durch einen  
Delegierten entstehen. Zur Besichtigung sind nur diejenigen Wahl-  
kreise berechtigt, die mehr als 100 Mitglieder haben.

46. Parteivorstand: Hat eine der im Ausschlußver-  
fahren nach § 26 und 27 des Organisationsstatuts vorgesehene  
Anfragen gegen ein Mitglied der Partei auf Ausschluß aus  
der Partei erkannt, so ruhen die Rechte und Pflichten dieses Mit-  
gliedes bis zur endgültigen Entscheidung.

79. 4. Pfälzischer Reichstagswahlkreis Zweil-  
brücken-Firmasens: Der Parteitag möge beschließen:  
Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag eine  
Anregung für die Besichtigung der Parteitage in Reichstag zu  
bringen, wobei auch mündlichmittelten Wahlkreisen bei gewisser  
Höhe des Mitgliederstandes die Möglichkeit einer Vertretung ge-  
boten wird.

85. 8. Pfälz. Kreis: Der Parteitag möge beschließen,  
daß der deutsche Parteitag nicht alljährlich, sondern nur alle zwei  
Jahre stattfinden soll.

93. Frankfurt a. M., Wodenheim: Die Wahl der  
Delegierten zum Parteitag hat durch Urwahlen zu erfolgen. Zum  
§ 7 des Organisationsstatuts wird deshalb zu dem Passus: „Die  
Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl“  
der Zusatz: „und durch Urwahlen“ beantragt.

99. 19. hannoverscher Wahlkreis: „Der Partei-  
tag möge den Absatz 1 in § 7 des Organisationsstatuts der Partei  
dahin ändern, daß in Zukunft die Zahl der Delegierten zum  
Parteitag um die Hälfte verringert wird.“

Beamtenschaftliche Redakteur: Alfred Diele, Neudamm, für den  
Inferatenteil verantwortl. Diele, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

dieses Antrages mehr... Es ist außer Zweifel, daß die Annahme des Antrages 115 die  
Vertreter der deutschen im Internationalen Sozialistischen  
Bureau dahin wirken ließ die Frage, die für Deutschland  
durch Annahme des Antrages der Beisitzerkommission zunächst  
erledigt ist, eine interne Regelung findet. (Beifall.)

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Es folgen weitere... Der Antrag 36 wird ohne be-  
sondere Begründung und Diskussion angenommen.\*

Es folgen die Anträge über den nächsten Parteitag.  
Der Antrag 84 wird Debatte abgelehnt.\*\*

Heimann-Ebenbushaus, die Anträge, die davon handeln,  
an welchen Ort der Tag im Jahre 1914 stattfinden soll, dem  
Parteivorstand und Beisitzern zu überweisen. Bei der  
ständig wachsenden Zahl Delegierten kommt es darauf an, das  
richtige Parteitagelokal finden. Das können wir hier nicht  
entscheiden, das müssen wir dem Parteivorstand und Beisitzern er-  
lösen.

Grumbach-Cosmar fragte den nächsten Parteitag frü-  
herzeitiger einzubringen, die Punkte, die auf die Tagesordnung  
des Internationalen Kongresses in Wien kommen, noch diskutiert  
werden können. Ich bin dem Antrag dem Parteivorstand und  
dem Parteiausschuss zustimmen.

Die Anträge Heimann und Grumbach werden darauf  
angenommen.

Vorj. Ober: Kommissionsmitglied und Parteivorstand, wie sie  
sich gemäß worden haben nach einem früheren Beschluß  
die Mitglieder der Zentralisationskommission zu be-  
genügt, und zwar als Verantwortliche des vorher ge-  
schloßenen Beschlusses, von der Zahl der Mitglieder von 7 auf 9  
erhöht werden soll. End in dem Zentralisationsauschuss ge-  
wählt werden: Dav. König, Heimann, Berlin, Korn-  
Berlin, Raufender Hamburg, Leber-Breslau, Meisinger-  
Berlin, Müller-Wien, Schulz-Berlin (als Geschäftsfüh-  
rer) und Genossen Köln-Stuttgart.

Wahlgänger Ober:

Wir sind damit... Wie nach früheren Tagen in Jena können wir auch dies-  
mal wieder sagen, was hier in jeder Hinsicht gut unter-  
gebracht. Dafür sind wir unseren Kenner Genossen zu großem  
Danke verpflichtet. Wir sind alles bis ins einzelne sehr gut vor-  
bereitet und haben unsere unter Leitung in unsichtiger und  
stehenstweiger Weise das getan, um eine glatte Erledigung unse-  
rer Arbeiten zu ermöglichen. Auch darüber hinaus haben die  
Jenauer Genossen uns im Ausnahmefall hier so angenehm wie mög-  
lich gemacht. Die prägnante Aufführung der stampfesfrohen Ar-  
beitnehmer am Sonntag war eine recht stimmungsvolle Ein-  
leitung unserer Arbeiten. Auf uns alle hat sie einen tiefen und  
bleibenden Eindruck gemacht. Ich halte es für meine Pflicht, allen  
Mitwirkenden auch an dieser Stelle noch besonders zu danken.  
(Lebhafter Beifall.) Wir alle scheiden von Jena mit den besten  
Erinnerungen an diesen gastlichen Ort. Wir danken auch den  
Mitgliedern der Kommission, die in schwerer und oft nicht sehr  
angenehmer Arbeit dem Parteitag gute Dienste geleistet haben.

\*) 36. Breslau: Der Parteitag möge beschließen: Der Partei-  
tag möge den Absatz 1 in § 7 des Organisationsstatuts der Partei  
dahin ändern, daß in Zukunft die Zahl der Delegierten zum  
Parteitag um die Hälfte verringert wird.

\*\*) 84. Hamburg: Der Parteitag möge im Jahre 1914 das  
Thema: „Staat und Sozialismus“ auf die Tagesordnung setzen.

ich sage, die innere Festigkeit der Partei, der entscheidende Wille  
zur Einheit und Geschlossenheit der Partei sind wohl selten auf  
einem Parteitag stärker zum Ausdruck gekommen als auf diesem.  
(Lebhafte Zustimmung.) Es ist auf diesem Parteitag von neuem  
die Erkenntnis gefestigt worden: Die Zusammenfassung aller  
Kräfte in der Partei zu einheitlicher Arbeit ist die Wurzel unserer  
Kraft und unserer Erfolge. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn  
mir uns nun anschauen, auf unsere heimatischen Böden zurück-  
zukehren, so tun wir es mit dem aufrichtigen Glauben, in aller  
Treue unser Bestes, unser Alles einzusetzen für die Partei, für die  
Befreiung des Proletariats aus wirtschaftlicher und politischer  
Unterdrückung. In all unserm Tun und Handeln, in all unserm  
Kämpfen wollen wir uns leiten lassen von dem glänzenden Bei-  
spiel, das uns unser großer unvergänglicher Meister August Bebel  
gegeben hat. (Stürmischer Beifall.) So trennen wir uns frohen  
Mutes mit unserem alten Schlagruf: Die deutsche, die interna-  
tionale Sozialdemokratie, sie lebe hoch! Die Delegierten haben  
sich erhoben, stimmen begeistert in das Hoch ein und singen den  
ersten Vers der Arbeitermarxlieder. (Schluß 1 1/2 Uhr.)

### Die Abstimmung über die Steuerfrage.

Gegen den Antrag Buzum haben folgende 140 Dele-  
gierte gestimmt: Lore Agnes-Düsseldorf, Albrecht-Galle,  
Albrecht-Können, Antick-Brandenburg, Apel-Erfurt, Martha  
Friedrich-Vöchtenberg, Wald-Erfurt, Walter-Zollingen, Berlin  
Düsseldorf, Wilmers-Edm. Grund, Wilmers-Gottau, Wald-Gotha,  
August Wölke-Leipzig, Helene Brandenburg-Damberg, Ernst-Berlin,  
Widmer-Berlin, Wähler-Niemtsch, Wucherhardt-Eilenburg, Claus-  
Berlin II, Crispian-Stuttgart, Davidsohn-Berlin, Dittmann-Brand-  
furt, Dittmann-Zollingen, Donath-Königsberg, Emmel-Mühlhausen,  
Engelhardt-Helmstedt, Engelhardt-Ganfstatt, Enwald-Berlin, Agnes  
Fahrenwald-Berlin, Fahren-Weglar, Frieder-Krimmichau, Otto  
Frank-Berlin VI, Fries-Wien, Fuchs-Schiffheim, Gebhardt-Wurg,  
Gebhardt-Wurg, Wehrmann-Weil, Geier-Leipzig, Gottschalk-Königs-  
berg, Götz-Archheim, Götz-Ebenrod, Grenz-Limbach, Gruner-Ber-  
lin, Graube-Zwickau, Grenz-Leipzig, Gutkunst-Berlin, Hammer-  
Essen, Hantsch-Zellrin, Marie Darjung-Königsberg, Hengsbad-Wien,  
Hentsch-Bremen, Hentsch-Berlin VI, Auguste Denny-Leipzig, Herr-  
mann-Dresden, Hergold-Berlin, Frau Hoff-Brandenburg a. M.,  
Hofmeister-Wien, Horn-Dresden, Kugel-Wandorf, Kappel-Berlin IV,  
John-Leipzig, Jungnickel-Annaberg, Kändler-Berlin, Kilitan-  
Köfel, Kleinpehn-Nordhausen, Klingler-Berlin, Klingler-Sieburg,  
Knauf-Gera, Kniep-Bremen, Krüger-Wandorf, Krüger-Leipzig,  
Kühn-Langenfelau, Künert-Galle, Leber-Jena, Ledebauer-Berlin,  
Leib-Leipzig, Leib-Berlin, Dr. Bensch-Berlin, Leopold-Jetz, Leuter-  
Spöck, Leuthold-Dresden, Levenhau-Krefeld, Linde-Saigisberg,  
Lindner-Goldzig, Lippmann-Zwickau, Ludwig-Göten, Frau Dr.  
Lurzenburg-Berlin, Marzhausen-Büchel, Meier-Zwickau, Menzle  
Bitterfeld, Müller-Schönefeld, Müller-Düsseldorf, Müller-Leipzig,  
Coppermann-Blantenburg, Ostfamp-Essen, Dr. Pannofel-Bremen,  
Ranger-Wandorf, Reier-Ebing, Blarin-Jena, Pöhlender-Leipzig,  
Rorchenbarrer-Reichen-Cederan, Reuter-Eilenburg, Reichbauer-  
furt, Johann Reiche-Regelad, Reimold-Galle, Roth-Werbau, Rüsse-  
Dresden, Rüsse-Leipzig, Schindler-Rantow, Schmidt-Berlin III,  
Schradrich-Gottau, Schindel-Thale, Schulz-Ebing, Schwarz-Lübeck,  
Schwarzburger-Niederbarnim, Helene Schweda-Bremen, Seip-  
Gottau, Sellin-Danzig, Speich-Erlangen, Kibbelh Sperling-Galle,  
Stadthagen-Berlin, Stähler-Berlin VI, Starck-Pirna, Stolle-  
Weißau, Karl Stubbe-Damberg III, Vogther-Weinberg, Frau  
Wasser-Zollingen, Westfamp-Düsseldorf, Weismeyer-Stuttgart,  
Wich-Mühlhausen (Eisig), Wittig-Leipzig, Wünschmann-Regelad,  
Zentgraf-Gotha, Frau Klara Zettin-Stuttgart, Ziegler-Breslau,  
Zubelt-Berlin.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.